



<https://biz.li/61au>

GRUPPE CDU/FDP: "SKANDALE BEI DEN GELSENDIENSTEN DÜRFEN SICH IN DER REGION HANNOVER NICHT WIEDERHOLEN"

Veröffentlicht am 23.05.2025 um 10:47 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

„Die jüngsten Schlagzeilen über erneute Missstände bei den Gelsendiensten“ sorgen für große Besorgnis in der CDU/FDP-Gruppe der Regionsversammlung, so die Gruppe in einer Pressemitteilung. „Die Gelsendienste, der kommunale Entsorger der Stadt Gelsenkirchen, stehen wiederholt im Zentrum öffentlicher Kritik – und das kurz vor dem geplanten Wechsel einer leitenden Führungskraft aus dem Unternehmen zum Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha). Mit Julia Fürst soll eine derzeitige Abteilungsleiterin der Gelsendienste künftig die Geschäftsführung des kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebs in der Region Hannover übernehmen“, teilt die Gruppe mit.

„Die vergangenen und auch aktuellen Geschehnisse bei den Gelsendiensten müssen uns in der Region Hannover aufhorchen lassen. Mit Julia Fürst soll sich aha positiv weiterentwickeln – und nicht zum Hort neuer Skandale werden. Die vermeintlich fristlose Kündigung bei ihrem derzeitigen Arbeitgeber ist daher ein ernstzunehmendes Warnsignal“, erklärt Rolf-Axel Eberhardt, abfallpolitischer Sprecher der Gruppe CDU/FDP in der Regionsversammlung.

Die CDU/FDP fordert deshalb umfassende Aufklärung über die Rolle und Verantwortung der designierten Geschäftsführerin im Zusammenhang mit den Vorgängen bei den Gelsendiensten. Auch von Seiten der Regionsverwaltung erwartet die Gruppe nun ein entschiedenes Handeln.

„Wir können und dürfen nicht einfach nur zusehen. Die Region Hannover muss ihrer Verantwortung gegenüber ihrem kommunalen Unternehmen ernst nehmen. Im Zweifel muss auch die Personalentscheidung zur zukünftigen aha-Geschäftsführung neu bewertet werden. Wer an der Spitze eines Unternehmens wie aha steht, trägt Verantwortung für über 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb müssen alle Zweifel an der Eignung und Integrität der künftigen Geschäftsführung konsequent ausgeräumt werden“, so Eberhardt abschließend.